

SITZUNG VOM

6. Juli 2009

P R O T O K O L L

der 23. Sitzung

Datum: Montag, 6. Juli 2009

Zeit: 19.00 bis 21.00

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident Anton Steiner

Protokoll: Ratssekretär André Willi

Anwesend: 34 Mitglieder

Abwesend: Florian Grunholzer (berufliche Abwesenheit)
Mark Hottinger (berufliche Abwesenheit)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 22. Sitzung vom 8. Juni 2009
3. Interpellation Beatrix Jud (SVP) und Mitunterzeichnende "Mitgliedschaften und Labels" - Begründung
4. Interpellation Otto Peyer (FDP) und Mitunterzeichnende "Schulzentrum Lättenwiesen" - Begründung
5. Interpellation Amr Abdel Aziz (SP) "Ursachen und Lehren (aus) der Finanzkrise in Opfikon-Glattbrugg" - Beantwortung
6. Postulat Regula Schmid-Fürst (GV) "Neuaufbau und eventuelle Verschiebung der abgebrannten Aubrücke" - Überweisung
7. Erneuerung des Kirchensteigs und der Steinackerstrasse - Abrechnung
8. Überdeckung Opfikon, Flughafenautobahn N11.1.1 - Bauprojekt "Parkanlage N11 - Überdeckung" - Abrechnung
9. Bewilligung eines Objektkredites im Betrag von brutto CHF 900'000 inkl. MwSt. für den Bau eines Kreisels in der Glatthofkreuzung
10. Präsidialabteilung - Umsetzung Integrationskonzept - Bewilligung einer 30% Stelle Integration
11. Geschäftsbericht 2008 der Stadt Opfikon

1. Mitteilungen

1.1 Ratsausflug

B5.1.3

Der diesjährige Ratsausflug findet am 25. September 2009 statt. Eine Einladung folgt noch.

2. Protokoll der 22. Sitzung vom 8. Juni 2009

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

**3. Interpellation Beatrix Jud (SVP) und Mitunterzeichnende
"Mitgliedschaften und Labels" - Begründung**

V4.7

Beatrix Jud (SVP) erklärt, die Stadt Opfikon ist in diversen Vereinigungen als Mitglied vertreten und in einem oder verschiedenen Labels verpflichtet. Der Beitritt zu Vereinigungen erfolgt oft unter dem Eindruck einer aktuellen Situation, eines Problems oder einer Zeiterscheinung. Diese Interpellation hat zum Ziel, eine Übersicht über die verschiedenen Mitgliedschaften zu erhalten.

Beatrix Jud wünscht eine Aufstellung aller Mitgliedschaften der Stadt Opfikon in Vereinigungen, Vereinen, Verbänden und Labels. Zudem sollen die damit verbundenen Kosten (Jahresbeiträge, Zertifizierungen usw.) und das zugehörige personelle Engagement der Stadt aufgezeigt werden. Die Interpellation hat ebenfalls zum Ziel, die Mitgliedschaften zu überprüfen. Entsprechend soll jeweils noch angegeben werden, ob die einzelnen Mitgliedschaften weiter geführt oder gegebenenfalls gekündigt werden sollen.

Gemäss Art. 47 der Geschäftsordnung des Gemeinderates hat der Stadtrat die Interpellation innert drei Monaten nach der Begründung im Rat schriftlich zu beantworten.

4. Interpellation Otto Peyer (FDP) und Mitunterzeichnende S1.13
"Schulzentrum Lättenwiesen" - Begründung

Otto Peyer (FDP) erklärt, dass für das neue Schulzentrum Lättenwiesen an der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 ein Bruttokredit von CHF 16'820'000 bewilligt wurde.

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 8. Juni 2009 erklärte der Stadtrat, dass gemäss heutigem Planungsstand mit einer Kreditüberschreitung von CHF 200'000 zu rechnen ist.

Die unterzeichnenden Interpellanten sind über die Entwicklung der Kosten für dieses Projekt besorgt. Sie stellen sich die Frage, ob der Sparwille bei den späteren Nutzniessern (Schule) tatsächlich auch vorhanden ist und ob nun bei der Realisierung die Synergien unter anderem auch mit den bestehenden Infrastrukturen genutzt werden.

Gemäss Art. 47 der Geschäftsordnung des Gemeinderates hat der Stadtrat die Interpellation innert drei Monaten nach der Begründung im Rat schriftlich zu beantworten.

5. Interpellation Amr Abdel Aziz (SP) "Ursachen und Lehren F4.3.3 / S3.4.6
(aus) der Finanzkrise in Opfikon-Glattbrugg" - Beantwortung

Amr Abdel Aziz (SP) ist mit der Antwort des Stadtrates zufrieden und dankt ihm für die getätigten Abklärungen. Er möchte noch vom Stadtrat wissen, wie so man in guten finanziellen Zeiten nicht mehr Geldreserven schafft?

Finanzvorstand Wernern Brühlmann erklärt, dass das Gemeinwesen sein Vermögen nicht häufen darf. Er betont, dass der Gemeinderat zu lange auf einen zu niedrigen Steuerfuss gesetzt was dem erforderlichen Cashflow nicht entsprochen hat und die Zahlungen in den Finanzausgleich erhöht hat.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Die Interpellation ist somit abgeschlossen.

6. Postulat Regula Schmid-Fürst (GV) "Neuaufbau und eventuelle Verschiebung der abgebrannten Aubrücke" - Überweisung S4.2

Stadtrat Walter Epli erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat. Da kein Ablehnungsantrag vor liegt, gilt die Überweisung als beschlossen (Art. 42 der Geschäftsordnung des Gemeinderates).

7. Erneuerung des Kirchensteigs und der Steinackerstrasse Abrechnung K1.1.3 / S4.3

Erich Weidmann, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission, erklärt, dass der Stadtrat am 10. Januar 2006 für die Gesamterneuerung des Kirchensteigs und der Steinackerstrasse einen Objektkredit im Betrage von CHF 1'500'000 bewilligt hat. Der Kredit für die Erneuerung der Kanalisation gilt als gebundene Ausgabe.

Diesem Kredit für die Erneuerung der Strasse inkl. Beleuchtung stimmte der Gemeinderat am 6. März 2006 zu. Die Bauarbeiten wurden von April 2006 bis Mai 2007 ausgeführt. Die Abnahme fand am 31. Mai 2007 statt und gab zu keinerlei Beanstandungen Anlass. Gleichzeitig wurden auch die Wasser- und Stromleitungen erneuert. Erich Weidmann erklärt, dass die Rechnungsprüfungskommission die Bauabrechnung geprüft und für in Ordnung befunden hat.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

7. Erneuerung des Kirchensteigs und der Steinackerstrasse K1.1.3 / S4.3
Abrechnung
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 25. November 2008 und der Rechnungsprüfungskommission vom 17. Juni 2009 sowie in Anwendung von Art. 35, Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die Bauabrechnung für die Erneuerung des Kirchensteigs und der Steinackerstrasse (Strassenbau inkl. Beleuchtung) mit Gesamtkosten im Betrag von CHF 714'829.45 wird genehmigt.
4. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - Finanzabteilung
 - Bauamt

8. **Überdeckung Opfikon, Flughafenautobahn N11.1.1 L2.2.4**
Bauprojekt "Parkanlage N11 - Überdeckung" - Abrechnung
-

Josef Gander, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission erklärt, dass der Gemeinderat einen Kredit im Betrag von CHF 1.45 Mio. für die Gestaltung der Oberfläche und der Bewässerung der Grünanlage der Parkanlage N11 bewilligte. Die Ausführung der Arbeiten erfolgten im Wesentlichen vom Frühjahr 2004 bis Sommer 2005. Die Energie Opfikon AG hat sich an den Ausgaben für die Werkleitungen beteiligt. Die mit den Tiefbauarbeiten beauftragte Firma KIBAG hat einen Sponsorenbeitrag von CHF 4'450.00 für zwei Tischtennistische geleistet. Josef Gander erklärt, dass die Rechnungsprüfungskommission die Bauabrechnung geprüft und für in Ordnung befunden hat.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

8. Überdeckung Opfikon, Flughafenautobahn N11.1.1 L2.2.4
Bauprojekt "Parkanlage N11 - Überdeckung" - Abrechnung
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 9. Dezember 2009 und der Rechnungsprüfungskommission vom 17. Juni 2009 sowie in Anwendung von Art. 35, Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die Bauabrechnung vom 1. Dezember 2008 für die Realisierung des Bauprojektes "Parkanlage N11 - Überdeckung" im Betrage von insgesamt CHF 1'399'017.65 wird genehmigt.
2. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - Finanzabteilung
 - Bauamt

9. **Bewilligung eines Objektkredites im Betrag von brutto CHF 900'000 inkl. MwSt. für den Bau eines Kreisels in der Glatthofkreuzung** S4.3
-

Beatrix Jud, Sprecherin der Rechnungsprüfungskommission, erklärt, dass der Kreisel ein jahrelanger Wunsch der Bevölkerung der Stadt Opfikon ist und sich dieser nun zum "Schnäppchen-Preis" verwirklichen lässt. Allerdings fällt das Projekt in eine wirtschaftlich schwierige Zeit. Der Stadt Opfikon fehlt es zurzeit überall an Geld und der Gürtel muss noch enger geschnallt werden. In dieser finanziell schwierigen Zeit ein Wunsch-Projekt in Angriff zu nehmen, mag für manche haushälterisch denkende Einwohner unverständlich sein, so Beatrix Jud. Trotzdem, oder gerade deshalb, müssen der Staat und auch die Stadt Opfikon investieren und ihre Infrastrukturen erhalten. Deshalb ist die Mehrheit der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission der Meinung, dass der Kreisel beim Knoten Glatthof verwirklicht werden soll, auch weil damit eine gute Verkehrsqualität erzielt werden kann.

Bauvorstand Walter Epli betont, dass der Stadtrat mit dem Bau des Kreisels dem Wunsch der Bevölkerung nachkommt. Ein Gutachten aus dem Jahr 2006 bestätigt, dass das Verkehrsaufkommen mit einem Kreisel bewältigt werden kann. Die bevorstehende Sanierung der Glatthofkreuzung sei eine einmalige Gelegenheit, den Kreisel zu realisieren. Sonst werde der Kanton die Kreuzung in ihrer bisherigen Form in Stand stellen, und dann werde man erst in 25 Jahren wieder über einen Kreisel nachdenken.

Hans Speck (SD) bittet den Stadtrat beim Kanton abzuklären, ob die zukünftige Busspur auch für Taxis zur Verfügung steht. Er steht dem Bau eines Kreisels an dieser Stelle kritisch gegenüber. Des Weiteren ist er der Ansicht, dass auch der Kreisel bei der Europastrasse / Kehrstrasse seine Funktion überhaupt nicht erfüllt. Am Abend sei dort immer ein Verkehrschaos.

Tan Birlesik (SVP) erklärt, dass die Mehrheit der SVP-Fraktion eine klare Meinung zum geplanten Bau des Kreisels vertritt. Der Stadtrat hat klar dargestellt, dass es mit den Finanzen der Stadt Opfikon in den nächsten Jahren nicht rosig aussieht. Also ist ganz klar, dass gewisse Projekte schon aus finanzpolitischer Sicht nicht umgesetzt werden können oder dürfen. Er ist der Meinung, dass nur schon die Gestaltung des Kreisels mit einem Betrag von CHF 309'000 nicht zu verantworten sei. Er beantragt deshalb im Namen der SVP-Fraktion, die Kreditbewilligung für einen Kreisel an der Glatthofkreuzung abzulehnen.

Otto Peyer (FDP) ist der Meinung, man sollte diese Gelegenheit wahrnehmen und bittet seine Ratskollegen, diesen Antrag unbedingt anzunehmen.

Leo Wehrli (SVP) betont, dass der Kreisel bei der Autobahnausfahrt in der Nähe des Hotels Hilton erst kürzlich aufgehoben wurde, um das Verkehrsaufkommen besser zu bewältigen. Und jetzt will man bei der Glatthofkreuzung genau den gegenteiligen Weg einschlagen. Die Fraktion der SVP überlegt sich, bei einem für ihre Sicht negativen Gemeinderatsentscheid das Referendum zu ergreifen.

Roman Schmid (SVP) betont, dass die Kosten für die Aussengestaltung des Kreisels viel zu teuer sind. Man hätte zum Beispiel schon bei einer richtigen Wahl der Bäume einiges einsparen können.

Amr Abdel Aziz (SP) versteht die ganze Aufregung über die zu teuren Kosten für den neuen Kreisel nicht. Er stellt fest, dass die hohen Kosten für die Sanierung des neuen Tennisclubs ja auch niemanden gestört hätten.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. In der Abstimmung wird der Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion mit 20:14 Stimmen nicht angenommen. Somit ist der Objektkredit bewilligt.

9. Bewilligung eines Objektkredites im Betrag von brutto CHF 900'000 S4.3
inkl. MwSt. für den Bau eines Kreisels in der Glatthofkreuzung
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 24. Februar 2009 und der Rechnungsprüfungskommission vom 10. Juni 2009 sowie in Anwendung von Art. 35, Ziffer 4 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für den Bau eines Kreisels in der Glatthofkreuzung wird ein Objektkredit im Betrag von brutto CHF 900'000 inkl. MwSt. bewilligt.
2. Die Kreditsumme erhöht oder ermässigt sich im Rahmen der Baukostenentwicklung zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlages und der Bauausführung. Der Teuerungsnachweis ist gemäss Produktionskostenindex des Schweizerischen Baumeisterbandes zu berechnen.
3. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - Bauamt
 - Finanzabteilung
 - Leiter Bauamt

**10. Präsidialabteilung - Umsetzung Integrationskonzept
Bewilligung 30 % Stelle Integrationsbeauftragte****J2.1.1**

Patrick Rouiller, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, erklärt, dass im Juni 2008 der Gesamtausländeranteil rund 41 Prozent betrug. Bei den Schulkindern (KiGa bis Oberstufe) lag 2007 der Ausländeranteil bei 52 Prozent. Die Schweiz ist von der Migration stark geprägt und in hohem Masse auf den Beitrag der ausländischen Bevölkerung angewiesen. Eine erfolgreiche Ausländerintegration wird mitbestimmend sein für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mit der Schaffung der befristeten 30%-Stelle der Integrationsbeauftragten wurde dem Bedürfnis nach einer Koordinations- und Anlaufstelle für den Zeitraum von 12 Monaten entsprochen. Die Folgen von vernachlässigter Integration können gravierend sein und erhebliche Mehrkosten verursachen. Zu verweisen sei hier nur als Beispiel auf steigende Sozialhilfe- und Strafvollzugskosten sowie auf familienunterstützende Massnahmen oder Interventionen. So kostet zum Beispiel ein Tag Fremdplatzierung häufig CHF 190 oder mehr und der Einsatz einer sechs monatigen, umfassenden sozialpädagogischen Familienbegleitung CHF 20'000 bis CHF 25'000.

Massnahmen und Angebote zur Integration haben präventiven Charakter und streben nach Möglichkeit einen nachhaltigen Erfolg an. Vom ökonomischen Standpunkt her gesehen wird bei den Integrationsmassnahmen eine gute Kosten-Nutzenrelation angestrebt, das bedeutet, dass die Rendite einer Massnahme soll hoch sein. Das politisch relevante Problem liegt darin, dass die Kosten und der Nutzen zeitlich versetzt anfallen und es zum Teil erhebliche zeitliche Verzögerungen zwischen Investitionen und Ertrag gibt. Die Nachhaltigkeit ist nicht unmittelbar ersichtlich und messbar. Die Kosten der Stadt Opfikon für die momentane Integrationsarbeit setzen sich aus jährlichen Projektkosten zwischen CHF 20'000 bis 40'000 sowie aus den jährlichen Lohnkosten (inkl. Lohnnebenkosten) von CHF 30'000 für die 30%-Stelle zusammen. Stellt man diese anfallenden Kosten in Relation zu obigen Ausführungen zur Rentabilität sowie in Relation zu den Kosten, welche infolge von Integrationsdefiziten entstehen können, so dürfte es sich um eine sinnvolle Investition handeln.

Patrick Rouiller erklärt, die GPK ist geteilter Meinung. Ein Teil meint, dass die Integration grundsätzlich im Interesse der Immigranten sein soll. Wer sich nicht selber um eine Integration bemüht, habe kein Interesse an unsere Gesellschaft und wolle sich nur aus rein wirtschaftlichen Gründen hier niederlassen. Andererseits muss auch festgehalten werden, dass einige Immigranten nicht freiwillig da sind und sich am liebsten möglichst gut bei uns anpassen möchten. Diese Immigranten sollen unbedingt unterstützt werden, denn sie würden sich sonst untereinander organisieren und es würde für sie eine eigene Welt entstehen.

Es könnte randständige Gruppierungen entstehen, welche uns viel mehr Aufwände bescheren, als wenn wir sie integrieren. Gemäss einer deutschen Studie der Bertelsmann Stiftung zum Thema "Gesellschaftliche Kosten der Nichtintegration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Kommunen" kostet die Vorsorge im Schnitt sieben Mal weniger als die Folgen von Nichtintegration. Nicht zuletzt deshalb subventioniert der Kanton verschiedene Opfiker Projekte wie Elternbildungstreff für albanische Väter, oder Deutschkurse der Schule zum Teil erheblich. Es ist nicht das Ziel jemanden zur Integration zu zwingen. Es soll aber die Möglichkeit bestehen, Integrationswillige zu unterstützen um auch befremdende Gegenden in der eigenen Stadt zu vermeiden.

Tan Birlesik, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, ist aus eigener Erfahrung der Meinung, dass Integration weder eine Staatsaufgabe noch eine Bringschuld sei. Er ist davon überzeugt, dass die ansässigen Ortsvereine schon viel Integrationsarbeit leisten. Immigranten, welche aktiv in einem Verein mitmachen, sind bestens integriert. Er stellt im Namen der SVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag zum Geschäft.

Heinz Ehrensberger (SP) betont, wenn sich alle Menschen so engagieren würden wie Gemeinderat Tan Birlesik, dann hätte die Stadt diese Probleme sicherlich nicht. Leider sieht die Realität anders aus. Er weist darauf hin, dass die Stadt Dübendorf, welche einen kleineren Ausländeranteil hat als die Stadt Opfikon, eine 60 Prozent Stelle in der Integrationsarbeit anbietet.

Stadtrat Valentin Perego erklärt, viele Probleme welche die Stadt Opfikon hat, wie zum Beispiel Vandalismus, entstehen durch das fehlen einer Integrationsarbeit. Dabei sind die Ausländer im Zentrum der Betrachtung. Die 30 Prozent Stelle soll die Vernetzung zwischen der Stadt, den Regionen und dem Kanton sein. Dabei sollen die besten Angebote übergreifend genutzt werden und solche, welche keine Wirkung zeigen, gestrichen werden. Er ist der Meinung, dass nun dieser Entscheid heute über die neue Stelle politisch sei, denn grosse finanzielle Auswirkungen wird er nicht haben. Hier könne man mit wenig Geld einen guten Nutzen herausholen.

Haci Pekerman (SP) und Regula Fürst-Schmid (GV) betonen nochmals die Wichtigkeit einer solchen Anlaufstelle für Ausländerinnen und Ausländerin der Gemeinde.

Leo Wehrli (SVP) ist der Meinung, dass die Integration eine Hol- und nicht eine Bringschuld ist, es gebe viele privat organisierte Möglichkeiten und Angebote, sich zu integrieren.

Konrad Fiechter (EVP) betont, dass diese Probleme ernst genommen werden müssen und das man hier mit wenig Kosten einen grossen Nutzen erzielen kann. So auch Paul Remund (FDP), welcher der Meinung ist, dass mit dieser Bevölkerungsstruktur eine solche Stelle nötig ist.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. In der Abstimmung wird der Ablehnungsantrag mit 20:14 Stimmen nicht angenommen.

10. Präsidialabteilung - Umsetzung Integrationskonzept
Bewilligung 30% Stelle Integrationsbeauftragte

J2.1.1

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 24. Februar 2009 und der Geschäftsprüfungskommission vom 15. Juni 2009 sowie in Anwendung von Art. 36, Ziff. 5 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die vom Stadtrat am 29. April 2008 provisorisch bewilligte 30% Stelle der Integrationsbeauftragten wird definitiv bewilligt und in den Stellenplan aufgenommen.
2. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - Stadtpräsident
 - Vorstand Bevölkerungsdienste
 - Sozialvorsteherin
 - Verwaltungsdirektor
 - Verwaltungsdirektor-Stv.
 - Mitglieder Steuergruppe Integration
 - Abteilungsleiter Bevölkerungsdienste
 - Abteilungsleiter Sozialabteilung
 - Schulverwaltung

11. GeschäftsJahresrechnung der Stadt Opfikon für das Jahr 2008**V4.5****EINTRETENSDEBATTE**

Heinz Ehrensberger, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, erklärt, dass die Grundlagen für den Geschäftsbericht wie bereits in den letzten Jahren einerseits der 3-teilige Bericht als auch 58 schriftlichen Fragen an den Stadtrat, sowie die mündliche Berichterstattung und Erläuterungen durch Verwaltung und Stadträten bilden. Sämtliche Stadträte nahmen mit den jeweiligen Chefbeamten die Gelegenheit wahr, der GPK Rede und Antwort zu stehen.

Heinz Ehrensberger dankt dem Stadtrat und der Verwaltung sowohl für die mündlichen als auch die schriftlichen Antworten zu den Fragestellungen der Geschäftsprüfungskommission. Der Geschäftsbericht 2008 ist Geschichte, wir sind bereits im 2. Halbjahr 2009 und die Welt hat sich vor allem wirtschaftlich seither massiv verändert, betont er. Konnte 2008 noch davon ausgegangen werden, dass sich die Krise auf den Finanzbereich beschränkt, wissen wir heute, dass einzig die Bau- und Beratungsindustrie wirklich volle Auftragsbücher haben. Das Bruttoinlandprodukt ist erstmals auch in der Schweiz rückläufig, ebenso das Preisniveau. Neben diesen Faktoren muss unsere Gemeinde in kürzester Zeit ein Bevölkerungswachstum verkraften, wie es noch nie in der Geschichte eines Jahres von Opfikon gab. Er betont, dass sich die GPK wiederum darauf beschränkte, Geschäfte zu durchleuchten, die entweder neu oder auffällig waren oder aber bis ins aktuelle Geschäftsjahr ausstrahlen.

Heinz Ehrensberger macht darauf aufmerksam, dass er in der Detailberatung auf einige Punkte des Geschäftsberichts beschränkt, die anderen können im Bericht des Stadtrats und der GPK nachgeschlagen werden. Im Namen der Geschäftsprüfungskommission ist er für eintreten.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung**Gemeinderat und Präsidialabteilung**

Heinz Ehrensberger erklärt, dass das Jahr 2008 einmal mehr im Zeichen des neuen Stadtteils Glattpark stand, dessen Wachstum eine Herausforderung für alle Abteilungen der Stadtverwaltung ist. Im Oktober konnte der 15'000 ständige Einwohner von Opfikon begrüsst werden. Ende März waren es bereits 15'336.

Das Tram Nr. 10 ist jetzt Tatsache in Opfikon, und schon fast nicht mehr wegzudenken, so schnell vergisst man die Wehen. Ebenfalls Tatsache bleibt, dass es für unsere Einwohner relativ wenig bringt und die Stadtkasse belastet. Die Frequenzen sind allerdings gut, so ist zu hoffen, dass wenigsten der Individualverkehr und die Emissionen dadurch zurückgegangen sind.

Ans Dorffest zum 40-jährigen Stadtjubiläum konnte man die Glattalbahn nicht nehmen, hier stand das ehemalige Bauerndorf im Zentrum. Der Erfolg des traditionellen Festes zeigt, dass eben der Gegensatz Stadt-Land den Reiz der vielgescholtenen Agglo-Gemeinde ausmachen kann.

Die Präsidial- und Gesundheitsabteilung werden personell zusammengelegt, was aus Ressourcen und Effizienzgründen in den Augen der GPK absolut Sinn macht, war doch die Gesundheitsabteilung eigentlich zu klein für eine eigene Führungsstruktur. Wie jede Firma, soll auch die Stadtverwaltung Opfikon periodisch überprüfen, ob sie noch zeitgemäss aufgestellt ist. Da gehören auch die Frage der Anzahl Mitglieder im Stadtrat, Gemeinderat und die Aufgaben der Kommissionen dazu.

Mit glow.das Glattal ist es so eine Sache, es lebt nur, wenn alle mitmachen. Schade ist, dass die Mobilitätsberatung für Firmen in Opfikon trotz seinen 949 juristischen Personen bisher nur mit Baxter stattfindet. Die Stadtverwaltung selbst kann da trotz Energiestadtlabel nicht als Vorbild brillieren, mit Gratisparkplätzen für alle Mitarbeiter beeinflusst man das Umsteigen auf Velo oder öffentliche Verkehrsmittel kaum positiv.

Finanzabteilung

Heinz Ehrensberger betont, zur Finanzsituation der Stadt will sich die Geschäftsprüfungskommission nicht nochmals detailliert äussern. Der Gemeinderat hat der Rechnung an der letzten Sitzung abgenommen. Der erfreuliche Überschuss der laufenden Rechnung ist einzig und allein auf die Grundstückgewinnsteuer der Gebäude im Cher von CHF 11,1 Mio. zurückzuführen. Diese Summe wollte oder konnte der Finanzvorstand anlässlich der letztjährigen Beratung des Geschäftsberichtes leider trotz Zeitungsmeldung noch nicht bestätigen.

Opfikon ist nicht nur die Scheidungshauptstadt der Schweiz, sie war auch die einzige Gemeinde im Kanton Zürich, bei der sämtliche fünf Kennzahlen des Jahres 2007 eine negative Tendenz aufwiesen. Heinz Ehrensberger ist der Meinung, dass das 2008 sicherlich besser wird, aber leider ist dies nicht nachhaltig, wir aus der Beantwortung der Interpellation von Amr Abdel Aziz (SP) wissen.

Heinz Ehrensberger erwähnt das ungesunde Verhältnis der Steuereinnahmen von Juristischen und natürlichen Personen. Interessant sei die Feststellung, dass von den erwähnten 949 juristischen Personen, 549 (58%) keine Ertragssteuern zahlen. Leider wird dies nicht mit einkommensstarken Natürlichen Personen kompensiert. Von den 7'877 natürlichen Personen zahlen 8.3% keine Steuern und 90.5% der Steuerpflichtigen haben ein Steuerbares Einkommen von unter CHF 100'000.

Einmal mehr teilt die GPK den Optimismus des Stadtrats bezüglich Land- und Liegenschaftsgeschäften nicht. Es wird immer unwahrscheinlicher, dass die Projekte Kernzone Opfikon und Hotelprojekt Fallwiesen in den nächsten Jahren realisiert werden. Heinz Ehrensberger wagt zu behaupten, dass sogar die vom Gemeinderat bewilligten Geschäfte letztlich einmal mehr nicht zustande kommen werden. Was sich letztes Jahr angekündigt hat, schlägt jetzt voll durch. Hoffentlich mit Ausnahme der Seniorenresidenz Bubenholz, das ist ein krisensicheres Gewerbe. Umso mehr schmerzen die von der Stadt bisher getätigten Ausgaben für nicht realisierte Projekte wie zum Beispiel die Planungsarbeiten für die vom Gemeinderat abgelehnten Projekte wie der Lindberghplatz und die Glattbrücke von fast CHF 900'000.

Die Liegenschaften Schaffhauserstrasse 131 und Schueppwiesenstrasse 10 sind für den Verkauf bereitgestellt werden. Es wäre der Stadt zu gönnen, dass an dieser Lage eine überzeugende Lösung gefunden werden könnte. Weitere Projekte der Liegenschaftsabteilung sind in der "Pipeline". Der Schulhauspavillion wurde im Rat bereits diskutiert und die Gesamterneuerung der Sportanlage Au steht ebenso wie Sanierungsarbeiten im Bad Bruggwiesen an.

Bauamt

Heinz Ehrensberger erklärt, am 13. Dezember 2008 wurde der umgebaute und zum Teil erneuerte Bahnhof Glattbrugg festlich eröffnet. Die neuen Tramhaltestellen der Glattalbahn erweitern das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel. Er betont, als täglicher Benützer könnte er sich ein besseres Umsteigezentrum als den Bahnhof Glattbrugg vorstellen. Speziell der Zubringer von Bus und Privatverkehr lässt viele Wünsche offen, spätere Generationen werden vielleicht von einer verpassten Chance der Zentrumsgestaltung und des öffentlichen Verkehrs sprechen.

Im Glattpark wurden 44 Eigentumswohnungen sowie 528 Mietwohnungen fertig gestellt. Im Februar 2008 wurde ein Dienstleistungsgebäude an der Thurgauerstrasse 130 bewilligt, welches im Sommer 2009 bezogen werden kann. Vorgesehen sind Büros für über 600 Arbeitsplätze und Konferenzräume sowie ein Restaurant. Als Vorbereitung für die Freigabe der 2. Bauetappe des Quartierplanes Oberhauserriet wurden die planerischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des rund 10-jährigen Quartierplanes aufgrund der Erfahrungen überprüft.

Hauptänderungspunkt werden die Parkplätze sein. Diese werden bei gleicher Anzahl nicht mehr in Parksilos, sondern unter den Gebäuden geplant. Da der Wohnanteil höher als ursprünglich vorgesehen ausfallen wird (Mischzone), ist jedoch der Bedarf nach Parkplätzen generell eher höher.

Langsam nimmt auch im Bau die Dynamik ab, die Baugesuche sind 2008 um 10% zurückgegangen, so Heinz Ehrensberger.

Paul Remund (FDP) möchte vom Stadtrat wissen, wieso dass ausgerechnet beim Bahnhof Glattbrugg die digitale Anzeigetafel fehlt?

Stadtrat Valentin Perego erklärt, dass die ZVV für die Montage der Anzeigetafel zuständig ist. Seines Wissens sollte diese aber in nächster Zeit montiert werden.

Bevölkerungsdienste

Der Umzug in die neuen Büros, das Anfertigen eines zeitgemässen Dienstreglements sowie die unfall- und stellenwechselbedingte Personalvakanz liessen die Stadtpolizei an ihre Grenzen stossen.

Die 630 im Rahmen des Polizeiverbands Hardwald durchgeführten Personenkontrollen von Verdächtigen führten zu diversen Verhaftungen. Zum Schulbeginn zeigte die Stadtpolizei während zwei Wochen vor allem bei den Kindergärten und Schulhäusern Präsenz, um die Verkehrsteilnehmer zu einer rücksichtsvolleren Fahrweise zu bewegen.

Die GPK wies zudem darauf hin, dass der zunehmende Abholverkehr von Eltern nicht nur den Verkehr behindert sondern auch laufend Vorschriften missachtet werden. Abgesehen davon ist das soziale und ökologische Verhalten fragwürdig.

Das Team der Jugendarbeit Opfikon hat sich in den neuen Räumlichkeiten, die im Januar 2008 eingeweiht wurden, bestens eingelebt und nutzt die neuen Möglichkeiten rege im Rahmen der ausgearbeiteten Konzepte.

12 freiwillige OberstufenschülerInnen wurden in ihrer Freizeit zu Streitschlichtern "ausgebildet". Die Jugendlichen lernen dabei deeskalierende Methoden kennen, die sie bei der Schlichtung von Konflikten einsetzen können. Ihre Ausbildung wird mit einem Abschlusszeugnis belohnt, welches auch bei der Lehrstellensuche vorgelegt werden kann. Wie die erschreckenden Ereignisse von Jugendgewalt andernorts zeigen, dürfte dies ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Gesundheits- und Umweltabteilung

Die Stadt Opfikon setzt sich seit längerer Zeit dafür ein, dass Triebwerkstandläufe auf dem Flughafen Zürich nur in einer Schallschutzanlage durchgeführt werden dürfen. Die Gemeinden Kloten, Rümlang und Opfikon konnten mit der Unique Flughafen Zürich AG als künftige Betreiberin eine Vereinbarung aushandeln, die den Betrieb der Anlage definiert. Etwas überraschend hat die Swiss gegen die Baute Verwaltungsbeschwerde eingereicht, so dass das Projekt gegenwärtig blockiert ist.

Kritisch hinterfragt wurde von der GPK auch die Mitgliedschaft der Stadt Opfikon im Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (SBFZ). Der Gesundheitsvorstand ist als Vorstandsmitglied vertreten. Die Mitgliedschaft in diesem Verein sichert der Stadt Opfikon eine wirkungsvollere Einflussnahme auf die Flughafenpolitik. Die Kosten belaufen sich auf CHF 9'000 pro Jahr. Die Stadt Opfikon ist die einzige Südgemeinde im Gremium. Als Beispiel sei die momentan laufende Behördeninitiative erwähnt, welche zum Ziel hat, eine Pistenverlängerung zu verbieten, was nicht im Sinne von Opfikon ist.

Die Einbürgerungen verlaufen in Opfikon zum Glück ohne grosse Nebengeräusche. Mit 138 entsprachen sie 2008 genau dem Mittel der letzten drei Jahre.

Sozialabteilung

Die bestehende Krise macht sich nun auch in der Sozialabteilung bemerkbar. Die Fallzahlen steigen langsam an. Personen aus bildungsfernen Schichten werden zunehmend vorstellig. Meist sind es Leute, welche bisher keiner Festanstellung hatten, sondern einer Tätigkeit auf Stundenbasis nachgingen. Bislang waren rund 30% aller eingehenden Gesuche berechtigt, eine finanzielle Hilfe zu bekommen. Heute liegt dieser Satz bei 40%. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Bewertungskriterien nicht geändert wurden. Die Ansprüche der Sozialleistungen sind im SKOS klar reglementiert.

Ein grosser Mangel besteht bei Notunterkünften. Vor allem im Bereich des Asylwesens ist es enorm schwierig, geeignete Räumlichkeiten zu finden. Die Abteilung prüfte auch den Einsatz einer Zivilschutzanlage. Leider sind diese Räume nicht wirklich geeignet. Heute haben wir im Asylwesen einen Unterbestand von 40 Bewerbern, das heisst, die Stadt müsste eigentlich noch 40 Asylanten aufnehmen. Die Anzahl der aufzunehmenden Leute wird durch einen Prozentsatz der Bevölkerung in der Gemeinde errechnet. Wir können nur hoffen, dass uns der Kanton nicht von heute auf morgen 40 Personen zuweist.

Das bewilligte Stellendach im Bereich der Alterspflege muss noch nicht voll ausgeschöpft werden. Das Stellendach wurde anhand der BESA Stufe 4 ermittelt. BESA 4 ist die höchste Stufe. Diese Stufe wird lediglich in der Ausenwohngruppe Böschenmatt angewandt. Hier sind sehr viele der Bewohnerinnen und Bewohner dement. Der Betreuungsaufwand bedingt hier einen höheren Anteil an Pflegepersonal.

Viele der IV-Bezüger erhalten von der Stadt Opfikon Zusatzleistungen. Neuerdings gibt es leider auch Fälle, in welchen die IV-Rente abgesprochen wird, oft nachdem diese Rente während Jahren ausbezahlt wurde. Meist sind diese Leute danach ebenfalls sozialhilfeabhängig.

Der Einsatz des Sozialinspektors hat sich aus finanzieller Hinsicht bisher nicht gelohnt. Heute wird deshalb des Öfteren mit der Stadtpolizei zusammengearbeitet. Diese macht gewisse Abklärungen bei Verdachtsfällen. Diese Lösung hat sich bewährt und ist kostengünstiger.

Die personelle Situation in der Sozialabteilung ist momentan schwierig. Es verlassen mehrere Angestellte die Stadtverwaltung. Es wird händierend nach neuen engagierten Mitarbeitern gesucht.

Schule

Per Schuljahr 2008/09 hat die Schule Opfikon ihren Betrieb gemäss neuer Geschäftsordnung aufgenommen. Die wichtigsten Änderungen sind die Schulleitungen sowie die Trennung der politischen und betrieblichen Führungsebene. Gemäss der neuen Gemeindeordnung wird die Anzahl der Schulpfleger per Amtsperiode 2010/14 von bisher 15 auf 9 Mitglieder reduziert.

Die schulergänzende Betreuung ist gesetzlich vorgeschrieben und sollte eigentlich bereits auf das Schuljahr 2009/10 eingeführt werden. Durch die Verzögerung beim Bau des Schulzentrums wird das Angebot erst 2010/11 bereitstehen. Für den massvollen Ausbau der Morgenbetreuung, der Mittags- und der Nachmittagsbetreuung wird mit zusätzlichen Kosten von rund CHF 250'000 (brutto) gerechnet. Dank der neuen, durch den Stadtrat bereits genehmigten Tarifstruktur, welche einen Deckungsgrad von 45% (bisher: 30%) anstrebt, sollte der zusätzliche Nettoaufwand jedoch sehr gering ausfallen.

Ende Dezember 2008 besuchten 1'103 (+25) Schülerinnen und Schüler unsere Schule. Auf das neue Schuljahr 2009/10 werden voraussichtlich 3 neue Unterstufen- sowie 1 neue Oberstufenklasse (Sek B) nötig. Mittelfristig (2013/14) wird voraussichtlich eine neue Primarschulanlage benötigt.

Dieses Jahr startet ein neues Projekt an der Sekundarschule ("Chance Sek"). Mit den Schülern der 2. Sekundarschule werden nach einem Test, Standortgespräche zusammen mit ihren Eltern geführt, um ein massgeschneidertes Konzept für die 3. Sekundarschule auszuarbeiten. Man möchte im Hinblick auf die Berufswahl vom bisherigen Wahlfachkonzept weg hin zu einer gezielten Förderung der berufsspezifischen Anforderungen arbeiten. Nach zwei Jahren Pilotversuch mit 20 B- und C-Schülerinnen und Schüler läuft das Projekt LIFT im Sommer 2009 aus. Die Schülerinnen und Schüler arbeiten wöchentlich in der unterrichtsfreien Zeit während 2 bis 4 Stunden. Dabei sollen das Selbstbewusstsein gestärkt sowie Durchhaltewillen trainiert werden. Da die Bilanz überwiegend positiv ist, soll das Projekt weitergeführt werden.

Das bewährte Projekt Impulsis (vormals Nahtstelle) leistet weiterhin einen wichtigen Beitrag im Sektor Berufswahl und Stellensuche. Auch dank diesem Projekt kann in der Stadt Opfikon trotz ungünstigen ökonomischen Umfeldes praktisch jede/r Jugendliche die Sekundarschule mit einer Anschlusslösung abschliessen. Dies darf als Erfolg der Schule Opfikon gewertet werden. Überhaupt scheint der Ruf der Schule bei Nicht-Beteiligten wesentlich schlechter zu sein als bei Schülern, Eltern und Lehrpersonen selbst.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat. Bei der Abstimmung wird dem Geschäftsbericht 2008 einstimmig zugestimmt.

11. Geschäftsbericht 2008 der Stadt Opfikon

V4.5

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 24. Februar 2009 und der Geschäftsprüfungskommission vom 15. Juni 2009 -

BESCHLIESST:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 2008 wird genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Geschäftsprüfungskommission
 - Verwaltungsdirektor-Stv.

SITZUNG VOM

6. Juli 2009

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Anton Steiner macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 15. Juli 2009

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

André Willi

SITZUNG VOM

6. Juli 2009

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:
Anton Steiner

.....

Der 1. Vizepräsident:
Urs Wagner

.....

Der 2. Vizepräsident:
Roman Schmid

.....